



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief Oktober 2020

EU Informationen

Europäischer Hilfsfonds zeigt Wirkung

Die Einführung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland ist ein Erfolg. Das geht aus dem umfassenden [Abschlussbericht](#) "Monitoring und Evaluation des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)" hervor, der am 7. Oktober 2020 veröffentlicht wurde.

[Weiterlesen](#) in der BMAS Pressemitteilung vom 07. Oktober 2020

Für das ESF-Programm "**JOBSTARTER plus**" wurden eine neue Broschüre sowie zwei neue Arbeitshilfen zum Download erstellt.

1. "JOBSTARTER plus" stärkt die duale Ausbildung in Deutschland (Broschüre)
2. Kleine und mittlere Unternehmen beim digitalen Wandel der Aus- und Weiterbildung unterstützen
3. Studienzweifelnde und -abbrechende gemeinsam mit Hochschulen besser beraten

[Alle Infos und Download](#)

Weisungen der BA Oktober 2020

Aktuelle Weisung der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus dem Bereich Arbeitsmarkt und Integration:

[Absolventenmanagement für geförderte Beschäftigte nach §§ 16e und 16i SGB II](#)

Jobcenter gE: Eingliederungsmittel und deren Ausschöpfung von Januar bis September 2020 – Bund und Länder

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) berichtet aktuell, dass von den 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit) von Januar bis September 2020 insgesamt 2,347 Milliarden Euro für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" und die Ausfinanzierung der nicht im SGB II (Hartz IV) geregelten Bundesprogramme ausgegeben wurden (einschließlich von 116,3 Millionen Euro aus dem sog. "Passiv-Aktiv-Transfer"), darunter 2,229 Milliarden Euro (58,7 Prozent) der den Jobcentern gE zugeteilten 3,799 Milliarden Euro für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" im Haushaltsjahr 2020 (ohne die Mittel aus dem "Passiv-Aktiv-Transfer").

Weitere, differenzierte Informationen zu den Ausgaben für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" und zum "Passiv-Aktiv-Transfer" im Bund und in den Ländern (Jobcenter gE) in den ersten drei Quartalen 2019 und 2020 lesen Sie in den

[BIAJ-Materialien vom 12. Oktober 2020](#)

Jobcenter 2021: Bundesmittel für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ und „Gesamtverwaltungskosten“- Ausblick

Im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2021 sind für "Leistungen zur Eingliederung in Arbeit", wie im laufenden Haushaltsjahr 2020, insgesamt 5,009 Milliarden Euro veranschlagt, anders als in den Vorjahren (1), ausschließlich für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" (2020: 5,0052 Milliarden Euro). Gemäß Erläuterung dürfen zudem Ausgabereste bis zur Höhe von 400 Millionen Euro in Anspruch genommen werden. (siehe dazu die Fußnote 2 in den BIAJ-Tabellen 1 und 2) (2) Für den Bundesanteil an den "Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende" im Haushaltsjahr 2021 sind 5,1039 Milliarden Euro veranschlagt (2020: 5,1254 Milliarden Euro).

Die Ergebnisse der vorläufigen Berechnungen des BIAJ zeigen, wie hoch die Anteile der einzelnen Jobcenter (302 "gemeinsame Einrichtungen"- gE - und 104 "zugelassene kommunale Träger" - zKT) an den Bundesmitteln (incl. Ausgabereise) im Haushaltsjahr 2021 (im Vergleich zu 2019) voraussichtlich sein werden - berechnet auf Basis der in den BIAJ-Tabellen 1 und 2 genannten Annahmen.

Die BIAJ-Tabellen 1 und 2 vom 05. Oktober 2019 mit allen 406 Jobcentern finden Sie hier: Tabelle 1 - ["Leistungen zur Eingliederung in Arbeit"](#)

Tabelle 2 - ["Bundesanteil an den Gesamtverwaltungskosten"](#)

Assistierte Ausbildung weiterentwickelt – "AsA flex" startet im Frühjahr 2021

Assistierte Ausbildung (AsA) + Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) = AsA flex. So lautet die "mathematische" Formel der Neuerung, welche die Bundesagentur für Arbeit bekanntgab. Die Zusammenführung der bisherigen Förderinstrumente soll dazu beitragen, die Komplexität bei den Instrumenten zu reduzieren und Doppelstrukturen zu vermeiden. Außerdem wurde die Zielgruppe erweitert: Die bisherige Begrenzung auf Lernbeeinträchtigte und sozial Benachteiligte entfällt. Alle Hilfen aus abH und AsA (alt) sollen weiterhin angeboten werden.

Der Paritätische Gesamtverband kritisierte an der Konzeption in einem Zwischenruf vor allem eine "personelle Aufspaltung von Ausbildungsbegleitung und sozialpädagogischer Fachkraft". Es sei abzusehen, dass nicht Hilfen aus einer Hand, personelle Kontinuität und verlässliche Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht würden, sondern die geforderte Flexibilität mit vielen Bruchstellen, Planungsunsicherheiten und Verwaltungsaufwand einhergehen werde.

[Weiterlesen](#) auf "überaus.de"

Gemeinnützigkeitsrecht: Keine Neuregelung der politischen Mitwirkung der Zivilgesellschaft

Der Bundesrat hat es im Zuge der Beratungen über eine Neufassung des Gemeinnützigkeitsrechts mehrheitlich abgelehnt, die politische Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu stärken. Damit wird es auch zukünftig keine Rechtssicherheit für gemeinnützige Vereine und Stiftungen geben, wenn sie sich zur Umsetzung ihrer Satzungszwecke auch politisch engagieren und beispielsweise politische Entscheidungsprozesse aktiv begleiten. Mehr als 175 Vereine und Stiftungen haben sich in der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung« zusammengeschlossen, um das Gemeinnützigkeitsrecht zu modernisieren und die selbstlose politische Einmischung etwa für Grundrechte abzusichern. Geeignet haben sich die Bundesländer dagegen auf die Anhebung des Freibetrags im Rahmen der Übungsleiterpauschale von 2.400 Euro auf 3.000 Euro sowie auf die Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro.

[Weitere Informationen](#)

"hib" und "DIP" – Meldungen Oktober 2020 – In chronologischer Reihenfolge

Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit (*Drucksache-DS:19/22932 - Auswirkungen der sogenannten Corona-Krise auf die Bundesagentur für Arbeit*)

Die allgemeine Rücklage im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat zum 31. Dezember 2019 rund 25,8 Milliarden Euro betragen. Ein Teil dieser Rücklage ist bis in das Jahr 2021 fest angelegt. Im Haushaltsjahr 2020 werden voraussichtlich rund 19,5 Milliarden Euro fällig, rund 6,3 Milliarden Euro erst im Jahr 2021. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/22932](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/22463](#)) der AfD-Fraktion.

Da die Einnahmen sowie die zur Verfügung stehende Rücklage zur Finanzierung der monatlichen Ausgaben im Jahr 2020 teilweise nicht ausreichen, unterstützt der Bund mit unterjährigen Liquiditätshilfen als zinslose Darlehen. Diese summierten sich bis 24. September 2020 auf rund 4,4 Milliarden Euro. Die abschließenden Istwerte der einzelnen

Haushaltspositionen, darunter auch die Höhe der verbliebenen Rücklage, würden erst in der Jahresabschlussrechnung ermittelt, schreibt die Regierung weiter. Sie betont auch, dass der Haushaltsplan 2020 der BA grundsätzlich weiter gültig sei. In Bezug auf den Haushaltsansatz für die Gewährung von Kurzarbeitergeld und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber habe die Bundesregierung bisher überplanmäßige Ausgaben in Höhe von insgesamt rund 23,5 Milliarden Euro genehmigt, heißt es in der Antwort.

Quelle: hib-Meldung 1065 vom 06.10.2020

61 Prozent der Befristungen erfolgen ohne Sachgrund (*Drucksache-DS:19/22962 - Befristete Beschäftigung in Deutschland*)

Rund 2,9 Millionen Beschäftigte in Deutschland sind im Jahr 2019 befristet beschäftigt gewesen. Das schreibt die Bundesregierung unter Hinweis auf Daten des Mikrozensus und des IAB-Betriebspanels in ihrer Antwort ([19/22962](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/21696](#)) der Fraktion Die Linke. Rund 425.000 befristet Beschäftigte wurden demnach in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen. Der Anteil der Befristungen ohne Sachgrund an allen Befristungen habe laut IAB-Betriebspanel bei rund 61 Prozent gelegen. 557.000 der befristet Beschäftigten hätten laut Befragung des Mikrozensus keine Dauerbeschäftigung gefunden, knapp 140.000 hätten dies auch nicht angestrebt, schreibt die Regierung weiter.

Quelle: hib-Meldung 1065 vom 06.10.2020

Grüne wollen Hartz-IV-Sätze anders berechnen (*Drucksache-DS:19/23124 - Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren – Regelbedarfsermittlung reformieren*)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Reform der Regelbedarfsermittlung in der Grundsicherung. In einem Antrag ([19/23124](#)) kritisiert sie, die derzeitige Methode zur Ermittlung der Bedarfe erfülle nicht den Anspruch, ein würdevolles Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. "Seit Jahren rechnet die Bundesregierung die Regelsätze klein und drückt sie nach unten. Dadurch werden die Menschen von der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt", schreiben die Grünen.

Sie verlangen unter anderem, das derzeit praktizierte Mischverfahren aus Statistik- und Warenkorbmethode zugunsten eines methodisch konsistenten Verfahrens abzulösen. Dabei soll auf die Streichung einzelner Ausgabenpositionen verzichtet werden und die Regelbedarfe von Haushalten abgeleitet werden, deren Einkommen zuverlässig über der Sozialhilfeschwelle liegt. Ferner fordert die Fraktion, die Ausgabenpositionen anders zu typisieren und einen Teil der Bedarfe außerhalb des Regelsatzes abzudecken.

Quelle: hib-Meldung 1070 vom 07.10.2020

Siehe dazu auch den Termin der [Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zur Ermittlung von Regelbedarfen](#) am Montag, den 02. November 2020

Die Linke verlangt Ende von Rechenricks bei Hartz-IV-Regelsätzen (*Drucksache-DS:19/23113 - Rechenricks überwinden – Regelbedarfe sauber berechnen*)

Die Fraktion Die Linke fordert ein Ende der "Rechenricks" bei der Berechnung der Regelbedarfe in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. In einem Antrag ([19/23113](#)) kritisiert die Fraktion, dass die Regelsätze seit Jahren bewusst kleingerechnet würden und viele Ausgaben gestrichen worden seien, weil sie angeblich nicht regelbedarfsrelevant seien. "Dabei basieren die Beträge ohnehin nur auf den sparsamen Ausgaben von Menschen mit den niedrigsten Einkommen, und selbst die Ausgaben der verdeckt Armen fließen in die Beträge ein", heißt es in dem Antrag.

Die Linke verlangt, die Vorgaben zur Ermittlung der Regelbedarfe gesetzlich zu ändern. Dabei soll unter anderem der Regelbedarf für Erwachsene den tatsächlichen Ausgaben der unteren 20 Prozent der Alleinlebenden (nach Einkommensschichtung der Haushalte) entsprechen. Haushalte im Bezug von SBG-II- beziehungsweise SGB-XII-Leistungen (Zweites und Zwölftes Sozialgesetzbuch; Grundsicherung und Sozialhilfe) ohne weiteres Einkommen und Menschen mit einem Einkommen unterhalb der Grundsicherungsschwelle sollen bei den Berechnungen ausgeschlossen werden. Der Regelbedarf für Erwachsene

soll demnach 658 Euro ab 2021 betragen, schreibt Die Linke. Ferner sollen die Kosten für Strom vollständig übernommen und die Regelbedarfsstufen 2 und 3 abgeschafft werden. Die Linke verlangt außerdem, auch das Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen neu zu ermitteln und eine Kindergrundsicherung einzuführen. Dazu sollen unter anderem ein höheres Kindergeld von 328 Euro pro Kind und verschiedene Zuschläge für besondere Bedarfe gehören.

Quelle: hib-Meldung 1070 vom 07.10.2020

Siehe dazu auch den Termin der [Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zur Ermittlung von Regelbedarfen](#) am Montag, den 02. November 2020

Jugendarbeitslosigkeit langfristig niedriger (Drucksache-DS:19/23099 - Entwicklungen in der Jugendarbeitslosigkeit)

Die Arbeitslosenquote unter jungen Leuten ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. 2013 waren im Jahresdurchschnitt 5,9 Prozent der Frauen und Männer unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, 2019 waren es noch 4,4 Prozent, wie aus der Antwort ([19/23099](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/22719](#)) der FDP-Fraktion hervorgeht.

In der Coronakrise ist die Jugendarbeitslosigkeit allerdings wieder gestiegen, wie aus den Monatswerten für das Jahr 2020 hervorgeht. So stieg die Arbeitslosenquote unter jungen Leuten im August 2020 auf 6,8 Prozent.

Quelle: hib-Meldung 1100 vom 15.10.2020

Verwaltungskosten in den Jobcentern (Drucksache-DS:19/22939 - Mittelverteilung und Umschichtungen in den Jobcentern im Jahr 2019)

Im Jahr 2019 betrug der Verstärkungsbedarf der Verwaltungskosten (Mehrbedarf) für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende 668 Millionen Euro. Dies entspricht einem Anteil von 13,6 Prozent am Soll-Ansatz des Titels für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/23409](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/22939](#)) der FDP-Fraktion. In den Jahren 2015 bis 2019 sei der Ansatz für die Verwaltungskosten zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch Mittel aus dem Ansatz für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit verstärkt worden. Dies schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Jobcenter in einzelnen Jahren ihre Budgets gegenläufig verstärkt haben, schreibt die Regierung weiter.

Quelle: hib-Meldung 1141 vom 26.10.2020

Ausbildungsmarkt nicht dramatisch geschrumpft

Der Berufsbildungsbericht 2020 ([19/19250](#)) ist am Mittwoch Thema im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gewesen. Thoma Rachel (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, machte deutlich, dass sich die Zahlen im Bericht auf die Zeit vor der Corona-Pandemie beziehen würden, die Aussagen im Bericht teilweise überholt seien. Eine Zeit lang seien Schulen geschlossen, Abschlussprüfungen verschoben worden und Ausbildungsmessen hätten nicht stattfinden können. Dennoch könne man feststellen, dass der Ausbildungsmarkt nicht so dramatisch geschrumpft sei wie befürchtet. Allerdings sei die demografische Entwicklung auch auf dem Ausbildungsmarkt angekommen. Nachfrage und Angebot seien 2019 in der dualen Ausbildung leicht zurückgegangen; die Nachfrage um 1,1 Prozent, die Vertragsabschlüsse um 1,2 Prozent und die gemeldeten Stellen um 1,8 Prozent. Statistisch habe es auf 105 Angebote 100 Bewerber gegeben. Gleichwohl sei schon vor der Corona-Krise die duale Ausbildung rückläufig gewesen, führte Rachel aus. Das liege einerseits an der demografischen Entwicklung und andererseits auch an einer Konjunkturertrübung, die schon vor der Pandemie erkennbar gewesen sei. "Wir nehmen die rückläufigen Zahlen sehr ernst", sagte Rachel und nannte Maßnahmen, um die duale Ausbildung zu stärken. Dazu gehöre auch die zum 1. Januar 2020 vollzogene Verabschiedung der Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes...

[Weiterlesen](#) in der hib-Meldung 1159 vom 28.10.2020

Kritik an Ermittlung der Regelsätze in der Grundsicherung

Die Bundesregierung lehnt die Forderung des Bundesrates ab, bei der Ermittlung der Regelbedarfe Haushalte mit "Aufstockern" und verdeckt Armen von den zu berücksichtigenden Haushalten auszuschließen. Das geht aus einer Unterrichtung ([19/23549](#)) der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf ([19/22750](#)) der Bundesregierung für ein Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfsstufen hervor. Die Bundesregierung lehnt ferner auch die Kritik des Bundesrates an der Heranziehung der EVS (Einkommens- und Verbraucherstichprobe) als Datengrundlage für eine verfassungsgemäße Ermittlung der Regelsätze für Familien und Kinder ab.

Quelle: hib-Meldung 1162 vom 28.10.2020

Arbeitsrecht

Kein Anspruch des Arbeitnehmers auf Homeoffice

Auch in Corona-Zeiten besteht kein grundsätzlicher Anspruch des Arbeitnehmers auf Homeoffice

Der Arbeitnehmer legte angesichts der aktuellen Corona-Pandemie ein entsprechendes ärztliches Attest vor und verlangte von seinem Arbeitgeber, ihm entweder ein Einzelbüro zuzuweisen oder ihm die Arbeit in Form von Homeoffice zu gestatten.

Beides lehnte das Gericht ab.

Es stünde grundsätzlich dem Arbeitgeber frei, wo und wie er seine Arbeitnehmer einsetze. Ein Anspruch auf Homeoffice ergebe sich weder aus dem Vertrag noch aus dem Gesetz. Zwar sei der Arbeitgeber verpflichtet, die Gesundheit seiner Arbeitnehmer zu schützen. Ihm stünde jedoch ein umfangreiches Ermessen zur Verfügung, wie er diese Auswahl vornehme. Dies könne beispielsweise auch ein Büro mit mehreren Personen sein, wenn entsprechende Schutzvorkehrungen vorhanden seien.

Der Kläger habe daher auf die geltend gemachten Ansprüche kein Anrecht.

ArbG Augsburg, [Urteil vom 07.05.2020 - Az.: 3 Ga 9/20](#)

Dienstreisen: Kein Versicherungsschutz „rund um die Uhr“

Beschäftigte sind auf Dienstreisen gesetzlich unfallversichert. Dies gilt allerdings nicht „rund um die Uhr“. Vielmehr muss die konkrete Tätigkeit auf einer Dienstreise mit dem Beschäftigungsverhältnis wesentlich zusammenhängen und diesem dienen.

Hessisches Landessozialgericht, [Urteil vom 14. August 2020 - L 9 U 188/18](#)

Siehe dazu auch die ergänzende [Bewertung](#) des Urteils durch die DGB Rechtsschutz GmbH

Aktuelles aus dem Internet

Sozialversicherungsrechengrößen 2021

Das Bundeskabinett hat die Verordnung über die Sozialversicherungsrechengrößen 2021 beschlossen.

[Weiterlesen](#) in der BMAS Pressemitteilung vom 14. Oktober 2020

IAB-Serie "[Corona-Krise: Folgen für den Arbeitsmarkt](#)"

Wird sich der Arbeitsmarkt in der Corona-Pandemie als ähnlich robust erweisen wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise? Oder drohen Massenentlassungen? Welche Branchen sind besonders betroffen? Wie wirksam sind die Maßnahmen der Politik? Und welche Lehren für Wirtschaft und Arbeitsmarkt lassen sich aus der Corona-Krise ziehen? Mit dieser Serie versucht das IAB, Antworten zu geben.

Siehe auch "[Sonderfragen vor dem Hintergrund der Corona-Krise](#)".

Corona kostet 837.000 Minijobs

Jeder achte Minijobber verlor in der Corona-Krise seinen Arbeitsplatz. Für einige der Betroffenen geht es nun ans Eingemachte, sie stehen vor dem Nichts. Arbeitsmarkt-Experten

und Politik sehen das als Beweis, dass das Modell Mini-Job gescheitert ist. Wie kann Betroffenen jetzt geholfen werden?", thematisiert ["Focus Online"](#).

Quelle: G.I.B. Newsletter 421

Ausbildung in der Corona-Krise: DGB fürchtet dauerhaften Substanzverlust

Die Corona-Krise hat den Ausbildungsmarkt voll erwischt. Industrie und Handel melden ein Minus von 13,7 Prozent der Ausbildungsverträge, das Handwerk einen Rückgang von 8,1 Prozent. Warum das Ausbildungsjahr 2021 nicht einfacher wird und neben der Krisenhilfe auch strukturelle Maßnahmen wichtig sind, erläutert DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl in der [Frankfurter Rundschau](#).

Online-Angebote zur Berufsorientierung

Bundesweit gibt es zahlreiche Unterstützungsangebote und Maßnahmen, die Schülerinnen und Schüler in ihrem Berufsorientierungsprozess begleiten. Bei den Angeboten handelt es sich meist um Präsenzangebote, die durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie aktuell nicht im vorgesehenen Umfang umgesetzt werden können. Ein neues Dossier des Berufsorientierungsprogramms (BOP) gibt einen Überblick über Online-Angebote, die bei der Berufsorientierung junger Menschen einsetzbar sind.

[BOP: Dossier "Berufsorientierung digital gestalten"](#)

Jobcenter fördern Arbeitslose mit gesundheitlichen Problemen nicht ausreichend

Arbeitslose, die durch Krankheit oder einen Unfall ihrem Job nicht mehr nachgehen können, haben die Möglichkeit, sich beruflich umzuorientieren. Berufliche Rehabilitation hängt jedoch noch immer zu stark davon ab, wer für die betroffenen Personen zuständig ist - die Jobcenter oder die Arbeitsagenturen", so der DGB

[Weiterlesen](#) im G.I.B. Newsletter 421

Neue IAB-Infoplattform: Die Arbeitsmarktsituation von LGBTQI-Personen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTQI-Personen (lesbian, gay, bisexual, trans, queer, inter) deutlich zugenommen. Auch die rechtliche Gleichstellung am Arbeitsmarkt wurde durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006) gestärkt. Dennoch erfahren LGBTQI-Personen im Arbeitsleben Diskriminierung sowie Nachteile bei Einkommen und Bildungsrendite.

In dieser [IAB-Infoplattform](#) finden Sie eine Zusammenstellung wissenschaftlicher Publikationen zur Arbeitsmarktsituation von LGBTQI-Personen in Deutschland und im Ausland.

IAB-Forum: Berufsorientierung durch Schulen und Arbeitsagenturen ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders wichtig

Die Corona-Krise hat auch die Jobperspektiven für Jugendliche eingetrübt, insbesondere auf dem Ausbildungsmarkt. Dem Rückgang der Bewerberzahlen um gut 40.000 Bewerbungen im Vergleich zum Vorjahr stehen weit über 40.000 weniger gemeldete Ausbildungsstellen gegenüber. Umso wichtiger ist es, das Portfolio an berufsorientierenden Angeboten noch besser auf den Informationsbedarf und auf das Nutzungsverhalten dieser Zielgruppe auszurichten. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Daten aus dem Nationalen Bildungspanel, die bereits vor der Krise erhoben wurden. Sie zeigen, dass verschiedene Gruppen von Schülern die vorhandenen Informationskanäle unterschiedlich intensiv nutzen und bewerten.

[Weiterlesen](#) im Online-Magazin "IAB-Forum"

FAQ: Wissenswertes zum Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern"

Die Coronakrise soll nicht zu einer Krise für die berufliche Zukunft junger Menschen werden. Mit dem Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) daher ausbildende kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Was Sie dazu wissen müssen, lesen sie [hier](#).

BMAS: Gesetzesinitiative für eine gesetzliche Regelung zur mobilen Arbeit

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat eine [Gesetzesinitiative für eine gesetzliche Regelung zur mobilen Arbeit](#) gestartet.

Veröffentlichungen**Evaluation des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt"**

Das Bundesprogramm "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" zielte auf die Verbesserung der sozialen Teilhabe von arbeitsmarktfernen Langzeitleistungsbeziehenden im SGB II, die entweder mit Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft lebten und/oder auf Grund von gesundheitlichen Einschränkungen besonderer Förderung bedurften.

Der vorliegende [Forschungsbericht](#) ergänzt den 2019 erschienenen Endbericht um quantitative Wirkungsabschätzungen nach Auslaufen des Bundesprogramms. Analysiert werden insbesondere die durchschnittlichen Wirkungen der abgeschlossenen Teilnahme am Bundesprogramm auf die soziale Teilhabe der Geförderten, der Zusammenhang zwischen sozialer Teilhabe und dem Erwerbsstatus nach Programmende sowie Wirkungsheterogenitäten. Die aktuellen und die früheren Befunde aus dem Endbericht werden verglichen. Es folgt ein Fazit für die Herausforderungen der öffentlich geförderten Beschäftigung und die forschungsbasierten Abschätzungen ihrer Wirksamkeit.

Erläuterung zu Ausbildungsförderung und SGB II

Die BAG KJS informiert über die ["Info-Skripte"](#) zu existenzsichernden Leistungen, die der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Schaller veröffentlicht – unter anderem zu der Frage, inwieweit Ausbildungsförderung und SGB II kompatibel sind. Diese wurden nun auf den neuesten Stand gebracht. In den Skripten werden die geltenden gesetzlichen Regelungen umfassend erläutert.

Quelle: überaus Newsletter 07_2020

"Ausbildung & Beruf. Rechte und Pflichten während der Berufsausbildung"

Mehr als 320 Ausbildungsberufe stehen zur Auswahl. Sie bieten beste Bedingungen für einen gelungenen Start ins Berufsleben und für beruflichen Erfolg.

Die [Publikation](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bietet Auszubildenden, Schüler/innen, Ausbildenden, Ausbildungsberatern/innen, Lehrkräften und Eltern Orientierung. Allen jungen Menschen, die sich für eine Berufsausbildung entscheiden.

IAB-Kurzbericht Nr. 14/2020: Übergang von der Schule ins Erwerbsleben

Juliane Achatz und Brigitte Schels untersuchten im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung den Bezug von Arbeitslosengeld II als Risikofaktor beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben.

Sie finden die Ergebnisse im IAB-Kurzbericht Nr. 14/2020 auf den [Internetseiten](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung als PDF-Datei zum kostenlosen Herunterladen.

Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten

Das Handbuch ["Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten"](#) kann fünf Jahre nach der sogenannten "Flüchtlingskrise" als Zwischenbilanz mit konkreten Anregungen für den Abbau weiterer bürokratischer Hürden, für Verbesserungsbedarfe hinsichtlich des Verwaltungsvollzugs und für eine noch bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitsmarktakteure gelesen werden. Praxis und Theorie werden hier zusammengeführt – neben wissenschaftlichen Beiträgen werden eine Vielzahl an Ansätzen zur Arbeitsmarktintegration und konkrete Praxisprojekte vorgestellt.

"Personalkompass Inklusion": Mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen

Der "Personalkompass Inklusion" hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass sich mehr Betriebe über die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen informieren.

Die dort zusammengestellten Informationen haben geholfen, Arbeitsplätze behinderungsgerecht zu gestalten, Unterstützung bei Fragen der Förderung zu erhalten oder über andere Unternehmen zu lesen, die dies bereits erfolgreich geschafft haben. Jetzt liegt der "[Personalkompass Inklusion](#)" in einer aktualisierten und überarbeiteten Auflage vor.

Verbreitung und Auswirkungen von mobiler Arbeit und Homeoffice

Gegenstand der [BMAS Kurzexpertise](#) ist es, das verfügbare Wissen über die Nutzung, die Effekte und die rechtliche Gestaltung zu mobiler Arbeit und Homeoffice zusammenzustellen, zu bewerten und an einigen Stellen gezielt zu erweitern.

[Weiterlesen](#) in der BMAS Pressemitteilung vom 15. Oktober 2020

Verdiensterhebung 2019 - Endbericht

Die Verdiensterhebung 2019 wurde als Sondererhebung von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durchgeführt, um kurzfristig Daten zur Wirkung bzw. zur Erhöhung des Mindestlohns zu gewinnen. Auf freiwilliger Basis berichteten dazu repräsentativ ausgewählte Betriebe über Bruttoverdienste und Arbeitszeit im April 2019. Der vorliegende [Bericht](#) ist der Ergebnisbericht und dokumentiert die Arbeiten und das Vorgehen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und stellt die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung dar.

[Weiterlesen](#) in der BMAS Pressemitteilung vom 15. Oktober 2020

Veranstaltungen

Europäische Woche der Berufsbildung 2020

Im Fokus der "Europäischen Woche der Berufsbildung" steht der digitale und ökologische Wandel der Arbeitswelt und die daraus folgenden Konsequenzen für Bildung und Qualifizierung.

Termin und Ort: 9. bis 13. November 2020, europaweit. Keine Teilnahmegebühren

Alle Infos auf den [Internetseiten](#) von EPALÉ oder unter: <https://www.bibb.de>

Online-Fachtag Flüchtlinge und Migrant*innen beraten 2020 - Die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung

Das Online-Seminar des Paritätischen Gesamtverbandes vermittelt am Vormittag zunächst einen Überblick über die Gesetzesänderungen bei der Ausbildungsduldung sowie die neu eingeführte Beschäftigungsduldung.

Am Nachmittag werden in Kleingruppen praxisrelevante Fragen erörtert und politische Antworten erarbeitet. Hier ist die Teilnehmer/innenzahl begrenzt, um einen guten Austausch zu gewährleisten.

Die Fortbildung richtet sich primär an Berater/innen in Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen, die bereits über entsprechende Vorkenntnisse im Aufenthaltsrecht verfügen.

Termin und Ort: 18.11.2020 – Online. Anmeldeschluss ist am 13.11.2020. Keine Teilnahmegebühren.

[Alle Infos und Anmeldung](#)

Fort- und Weiterbildungsangebote zu inter* und trans*- Beratung im Paritätischen

Der Paritätische Gesamtverband bietet bis Ende des Jahres 2020 Fort- und Weiterbildungsangebote zu inter* und trans*-Beratung im Paritätischen an. Ziel ist, mittels Online-Seminaren Mitarbeiter*innen aus allen Feldern der Sozialen Arbeit Beratungskompetenz zu den Themen inter* und trans* zu vermitteln. Dadurch sollen neue Multiplikator*innen gewonnen werden, die in ihren Einrichtungen, Organisationen und Paritätischen Strukturen vor Ort das Wissen weitergeben können. Die Seminare sind thematisch in die Bereiche inter* und trans* untergliedert.

Termin und Ort: 23.-24.11.2020 – Online. Keine Teilnahmegebühren.

[Alle Infos und Anmeldung](#)